

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	21
Literaturverzeichnis	27
§ 1 Beendigung des Arbeitsverhältnisses in der Insolvenz	31
A. Die Arbeitgeberstellung in der Insolvenz	31
I. Insolvenzverwalter, Eigenverwaltung	31
II. Vorläufiger Insolvenzverwalter	33
1. „Starker“ vorläufiger Insolvenzverwalter	33
2. „Schwacher“ vorläufiger Insolvenzverwalter	33
3. „Schwacher“ vorläufiger Insolvenzverwalter mit Arbeitgeberbefugnis	34
III. Insolvenzverwalter als „Partei kraft Amtes“	35
IV. Keine Verfahrensunterbrechung bei Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters ohne Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	36
V. Verfahrensunterbrechung bei Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters mit Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	36
VI. Unterbrechung des Verfahrens wegen Eröffnung des Insolvenzverfahrens	37
1. Wirkungen der Verfahrensunterbrechung	37
2. Verfahrensunterbrechung in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten	39
VII. Unterbrechung wegen Eröffnung des Insolvenzverfahrens im Ausland	42
VIII. Unterbrechung des Verfahrens wegen Beendigung des Insolvenzverfahrens	42
IX. Haftung aus Arbeitsverhältnissen, Insolvenzanfechtung und Rechtswegfragen	43
1. Klagen des Insolvenzverwalters	43
2. Klagen gegen den Insolvenzverwalter nach § 60 InsO	63
3. Klagen gegen den Insolvenzverwalter nach § 61 InsO	65
4. Haftung aus Verschulden bei Vertragsschluss	68
5. Klagen gegen Geschäftsführungsorgane	69
6. Klagen gegen Gesellschafter	74
X. Selbstständige oder nicht selbstständige Tätigkeit und Mitarbeit des Gemeinschuldners/Geschäftsführers des Unternehmens	75
1. Mitarbeit im schuldnerischen Unternehmen	75
2. Selbstständige Tätigkeit des Gemeinschuldners	82
3. Nichtselbstständige Tätigkeit des Schuldners	83
a) Arbeitsverdienst des Schuldners	83

b) Änderungskündigung in der Verbraucherinsolvenz des Arbeitnehmers.	85
c) Vergütungszahlungen in der Verbraucherinsolvenz.	86
B. Das Kündigungsrecht des Arbeitnehmers und des Insolvenzverwalters . . .	87
I. Wahlrecht des Insolvenzverwalters	87
1. Besonderheiten im Arbeitsrecht.	87
2. Kein Rücktritt von einem vorinsolvenzlich vereinbarten Beendigungsvergleich.	88
II. Fortgeltung des Kündigungsschutzgesetzes und der Sonderkündigungsschutztatbestände.	90
III. Das insolvenzrechtliche Freistellungsrecht des Insolvenzverwalters . .	96
1. Einseitige Freistellung oder Freistellungsvereinbarung	96
2. Überprüfungskriterien bei einseitigen Freistellungen	98
3. Besonderheiten nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit	99
4. Checkliste: Rang und Durchsetzung der Vergütungsansprüche in der Insolvenz – BAG v. 31.3.2004 – 10 AZR 253/03.	101
5. Anrechnung anderweitigen Verdienstes/Wettbewerbsverbot	102
6. Vorläufiger Rechtsschutz gegen Freistellung	105
7. Berücksichtigung von Urlaubsansprüchen	105
8. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Freistellung	107
9. Freistellung und Mitbestimmung	108
10. Erfordernis eines Fortsetzungsverlangens	109
IV. Kündigungsfristen und Kündigungserschwernisse in der Insolvenz . . .	109
1. Kündigungsfristen und Beseitigung von Kündigungseinschränkungen	109
2. Kündigungsfristen innerhalb der Drei-Monats-Frist	112
3. Kündigungsfrist bei Kündigung durch den vorläufigen Insolvenzverwalter	112
4. „Verfrühungsschaden“	113
5. Kündigungsfrist für vom Insolvenzverwalter begründete Arbeitsverhältnisse	114
V. Ausdehnung des Geltungsbereichs der Drei-Wochen-Frist des KSchG.	115
C. Betriebsbedingte Kündigungen im Vorfeld und in der Insolvenz	116
I. Abgrenzung zu personen- und verhaltensbedingten Kündigungen	116
II. Außer- oder innerbetriebliche Ursachen	116
III. Unternehmerische Entscheidung	118
1. Organisatorische Maßnahmen	118
2. Besonderheiten bei Betriebsstilllegungen	119
a) Bestimmung der Kündigungsendtermine	119
b) Umfang der Unterrichtungspflicht.	122
c) Zustimmungserfordernisse.	123

3. Kündigung im Zusammenhang mit Kurzarbeit	124
4. Arbeitsvolumen und Kündigungsumfang	125
IV. Fehlende Weiterbeschäftigungsmöglichkeit (ultima-ratio-Prinzip)	125
1. Freie Arbeitsplätze	126
2. Zumutbare Anlern-, Umschulungs- oder Fortbildungsmaßnahmen	128
3. Vorrang der Änderungskündigung	129
V. Dringlichkeit der Kündigung (ultima-ratio-Prinzip)	132
VI. Sozialauswahl.	133
1. Gruppe der vergleichbaren Arbeitnehmer	133
a) Grundlagen und Kriterien der Vergleichbarkeit	133
b) Teilzeitarbeitnehmer und Vollzeitarbeitnehmer	136
2. Feststellung der Sozialdaten nach früherem Recht	136
3. Neuregelungen durch das Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003.	137
a) Dreistufige Prüfung der Ordnungsgemäßheit der Sozialauswahl	137
b) Bewertungsmaßstäbe.	140
c) Vorrang betrieblicher Gründe/sog. Leistungsträgerregelung.	140
d) Zulässigkeit einer Auswahl nach Altersgruppen	142
4. Sonstige Überprüfungsbeschränkungen	146
a) Formale Anforderungen an ein Punkteschema	146
b) Begrenzung auf einzelne Sozialdaten	147
c) Gewichtung der einzelnen Sozialdaten	148
d) Beispielsfälle.	149
e) Rechtsfolgen einer Sozialauswahl aufgrund eines Punkteschemas	151
f) Rechtsfolgen einer fehlerhaften Sozialauswahl	152
5. Interessenausgleich mit Namenslisten	153
a) Gesetzliche Grundlagen.	153
b) Verfassungsgemäßheit der sog. Namenslistenregelung	154
c) Einzelvoraussetzungen der sog. Namenslistenregelung	155
d) Nachträgliche Ergänzung der Namensliste	158
e) Teil-Namensliste	159
f) Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	162
g) Das Merkmal der groben Fehlerhaftigkeit	165
h) Betriebsratbeteiligung	166
VII. Kündigungsverbot gem. § 613a BGB.	166
VIII. Maßgeblicher Zeitpunkt und Änderung der Verhältnisse	166
IX. Fortsetzungsanspruch („Wiedereinstellungsanspruch“)	167
1. Fortsetzungsanspruch gegen den bisherigen Arbeitgeber	167
2. Fortsetzungsanspruch gegen den Betriebserwerber	173
3. Fortsetzungsanspruch in der Insolvenz.	174

4. Wiedereinstellungsanspruch aufgrund einer Wiedereinstellungszusage	176
5. Prozessuale Geltendmachung des Fortsetzungsanspruchs	177
X. Vorausgegangene Kündigungen und Nachkündigung durch den Insolvenzverwalter	182
XI. Kündigung eines befristeten Arbeitsvertrages durch den Verwalter . . .	183
XII. Darlegungs- und Beweislastverteilung	183
XIII. Rechtsfolgen der unwirksamen Kündigung	184
XIV. Checkliste: Personalanpassungsmaßnahmen in der Insolvenz	185
D. Der besondere Kündigungsschutz	187
I. Mutterschutz	187
II. Elternzeit (Erziehungsurlaub)	187
III. Schutz schwerbehinderter Menschen	188
1. Gesetzliche Grundlagen.	188
2. Sonderkündigungsschutz	189
a) Antragsverfahren.	190
b) Entscheidung des Integrationsamtes	190
c) Besonderheiten bei krankheitsbedingten Kündigungen	191
d) Geltendmachung und Verwirkung.	192
IV. Arbeitsplatzschutz Wehr- und Zivildienstleistender	193
V. Ausbildungsverhältnisse	194
VI. Betriebsverfassungsorgane	194
E. Die außerordentliche Kündigung in der Insolvenz	197
I. Außerordentliche Kündigung durch den Insolvenzverwalter	197
II. Außerordentliche Kündigung durch den Arbeitnehmer	197
F. Betriebsübergang in der Insolvenz	198
I. Geltung des § 613a BGB in Insolvenzverfahren	198
II. Abgrenzungsfragen: Betriebsveräußerung, Betriebsstilllegung, Betriebsänderung	199
1. Betriebsbegriff	199
2. Gemeinschaftsbetrieb	201
3. Betriebsteil/Teilbetrieb	208
4. Betriebsschließung und Teilbetriebsschließung.	215
III. Regelungsgegenstände und Rechtsfolgen des § 613a BGB	218
1. Gesetzlicher Übergang, gesamtschuldnerische Haftung	218
2. Geschützte Beschäftigungsverhältnisse	219
3. Kündigungsverbot des § 613a Abs. 4 BGB	220
4. Aufhebungsverträge und § 613a BGB.	221
5. Zeitpunkt des Betriebsübergangs	223

6. Einstweilige Verfügung auf Unterlassung von Betriebsübergängen	224
7. Arbeitsaufnahme und Arbeitsbedingungen im Erwerberbetrieb	224
IV. Übergang einer organisatorischen Einheit, nicht „Funktionsübergang“	228
V. Zuordnung der Arbeitnehmer der Verwaltungsebene beim Teilbetriebsübergang	240
VI. Kündigung nach dem Erwerberkonzept bzw. nach einem Sanierungskonzept.	242
1. Kündigung nach einem Erwerberkonzept	242
2. Kündigung nach einem Sanierungskonzept des Insolvenzverwalters.	243
VII. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers und dessen Rechtsfolgen	243
1. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers nach früherem Recht.	243
2. Unterrichtsverpflichtung des Arbeitgebers und Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers.	246
3. Unterrichtsverpflichtung auch gegenüber dem einzelnen Arbeitnehmer	246
4. Inhalt der Unterrichtsverpflichtung.	247
5. Schuldner der Unterrichtsverpflichtung	251
6. Form der Unterrichtung	252
7. Rechtsfolgen der unterlassenen bzw. nicht ordnungsgemäßen Unterrichtung	254
8. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers nach § 613a Abs. 5, 6 BGB	256
9. Adressat des Widerspruchs	259
10. Form und Inhalt des Widerspruchs	261
11. Widerspruchsfrist	261
12. Rechtsfolgen des Widerspruchs	262
13. Verwirkung des Widerspruchsrechts	266
VIII. Weitergeltung von Verweisungen auf Tarifverträge?	269
IX. Urlaubsansprüche bei Betriebsübergang.	270
X. Übergang von rückständigen Sozialversicherungsbeitragsverpflichtungen	271
XI. Ausgleichsansprüche und interne Pflichten der Arbeitgeber	272
XII. Passivlegitimation im Rahmen des Kündigungsschutzes in Betriebsübergangsfällen	273
XIII. Klagfrist	279
XIV. Einschränkung der Klagemöglichkeit in der Insolvenz.	280
XV. Beschlussverfahren bei Betriebsveräußerungen in der Insolvenz	280
XVI. Abbedingung der Haftungsfolgen des § 613a BGB in der Insolvenz	281
XVII. Haftung für Versorgungsansprüche in der Insolvenz	284
XVIII. Geltung des § 25 HGB in der Insolvenz?	285
XIX. Auswirkungen eines Betriebsübergangs auf Gesamtbetriebsräte	286

1. Übergang sämtlicher Betriebe eines Unternehmens auf zwei andere Unternehmen.	286
2. Übergang aller Betriebe eines Unternehmens auf ein anderes Unternehmen.	287
XX. Auswirkungen des Betriebsübergangs auf Gesamtbetriebsvereinbarungen	289
G. Verfahren bei Massenentlassungen	289
I. Konsultations- und Anzeigepflicht	289
II. Entlassungsbegriff und Kündigung.	294
1. Entlassungsbegriff nach der neuen Rechtsprechung des EuGH.	294
2. Entlassungssperre nach § 18 KSchG.	302
III. Entlassungsbegriff und Aufhebungsvereinbarungen	304
IV. Unterlassene oder fehlerhafte Massenentlassungsanzeigen	306
1. Rechtsfolgen einer nicht ordnungsgemäßen Massenentlassungsanzeige	306
2. Bedeutung der Zustimmung der Arbeitsverwaltung	311
3. Detailspekte der bisherigen Rechtsprechung des BAG	312
V. Auskunftspflicht.	314
§ 2 Kollektives Arbeitsrecht in der Insolvenz.	317
A. Abgrenzung: Betrieb und Unternehmen	317
I. Das Unternehmen.	317
II. Der Konzernbegriff und seine praktische Bedeutung	318
B. Grundlagen der Beteiligungsrechte des Betriebsrates	318
I. Rechtliche Grundlagen	318
II. Betriebsänderungen	319
1. Rechtliche Grundlagen	319
2. Personalabbau als Betriebsänderung	322
3. Unterlassungsanspruch des Betriebsrates.	323
III. Interessenausgleich und Sozialplan	324
IV. Nachteilsausgleich	325
1. Voraussetzungen und Berechnung des Nachteilsausgleichs	325
2. Besonderheiten in der Insolvenz	327
3. Insolvenzzrechtliche Behandlung der Nachteilsausgleichsansprüche.	330
V. Problem der nachträglichen Betriebsratswahl	331
1. Wahl des Betriebsrates nach Insolvenzeröffnung.	331
2. Betriebsratsanhörung	332
VI. Übergangs- und Restmandat des Betriebsrats	332
1. Übergangsmandat.	332
2. Restmandat.	333
VII. Unternehmenseinheitlicher Betriebsrat	334

C. Interessenausgleich	335
I. Rechtsgrundlagen des Interessenausgleichs	335
II. Zustandekommen des Interessenausgleichs	335
D. Betriebsänderung in der Insolvenz	336
I. Insolvenzspezifische Probleme bei Betriebsänderungen	336
II. Verfahrensregelungen zum Interessenausgleich nach § 121 InsO	337
III. Verfahrensregelungen zum Interessenausgleich nach § 122 InsO	338
1. Antrag auf Zustimmung des Arbeitsgerichts	338
2. Verfahrensrechtliche Regelungen	339
3. Entscheidungsgrundlagen	339
4. Berechnung der Drei-Wochen-Frist	340
5. Vorläufiger Rechtsschutz	341
IV. Sonderfall einer Betriebsvereinbarung: Kündigungserleichterung nach § 125 InsO	342
1. Interessenausgleich mit Namensliste	342
2. Form der Namensliste nach § 125 InsO	344
3. Einzelaspekte der Vermutungswirkung der Namensliste	346
4. Checklisten zur Vermutungswirkung der Namensliste	353
5. Erhaltung bzw. Schaffung einer ausgewogenen Personalstruktur	354
V. Inhalt und Umfang der Unterrichtung des Betriebsrates	357
E. Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz	360
I. Beschlussverfahren nach § 126 InsO	360
II. Arbeitsgerichtliche Besonderheiten des Verfahrens nach § 126 InsO	362
III. Bindungswirkung im Kündigungsschutzverfahren nach § 127 InsO	363
F. Sozialplan	363
I. Abschlussvoraussetzungen	363
II. Laufzeit des Sozialplanes	366
III. Geltungsbereich des Sozialplanes	367
IV. Leitende Angestellte und Heimarbeiter	370
V. Inhalt des Sozialplanes	370
1. Übliche Gestaltungsinhalte, Dotierung und Verteilungskriterien	370
2. Eigenkündigungen	373
3. Begrenzung der Abfindung für „rentennahe Arbeitnehmer“	374
4. Kürzung/Ausschluss der Abfindung bei Ablehnung zumutbarer Beschäftigungsangebote	375
5. Qualifikations- und Leistungskriterien	378
VI. Auslegung von Sozialplänen	379
VII. Begrenzung der Sozialplandotierung im Insolvenzverfahren	379
1. Absolute Obergrenze gem. § 123 Abs. 1 InsO	379
2. Relative Obergrenze gem. § 123 Abs. 2 InsO	380

VIII. Bedeutung des § 123 InsO für Abfindungstarifverträge	381
IX. Insolvenzzrang der Sozialplanforderungen	382
X. Abschlagszahlungen auf Sozialplanansprüche	384
XI. Widerrufsregelung des § 124 InsO	385
XII. Ansprüche aus nicht widerrufenen oder nicht mehr widerrufbaren vorinsolvenzlichen Sozialplänen	386
XIII. Anmeldung von Sozialplanansprüchen zur Insolvenztabelle	386
G. Wirkung der Verfahrenseröffnung auf Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen	386
I. Tarifbindung	386
II. Insolvenzbedingtes Ausscheiden aus dem Arbeitgeberverband	387
III. Bindung an Betriebsvereinbarungen	388
§ 3 Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis für die Zeit vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	389
A. Stellung der Arbeitnehmer in der Insolvenz	389
B. Grundzüge des Entgeltschutzes in der Insolvenz	389
I. Entgeltrückstände außerhalb des Insolvenzzgeldzeitraums	389
1. Laufende Vergütungsansprüche.	390
2. Nichtangemeldete Forderungen nach Aufhebung des Insolvenzverfahren nach Bestätigung eines Insolvenzplans	390
3. Zeitguthaben.	391
4. Nachteilsausgleich	392
5. Tarifliche Abfindungsansprüche	392
6. Schadensersatzansprüche wegen Auflösungsverschuldens.	392
II. Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen seit dem 1.1.2009	393
1. Flexigesetz II	393
2. Inhalt des Gesetzes.	394
3. Führung von Wertguthaben	395
4. Insolvenzschutz	396
5. Portabilität von Wertguthaben.	397
6. Sonstige Regelungen.	397
III. Feststellungsklage (§ 179 InsO) und Leistungsklage	399
1. Einfache Insolvenzforderungen	399
2. Massforderungen und Feststellungsinteresse	399
IV. Arbeitnehmer als Gläubigergruppe	400
V. Rang der vom vorläufigen Insolvenzverwalter begründeten Vergütungsansprüche	400
C. Zeugnis.	402
I. Bisherige Rechtsprechung: Zeugniserteilung durch den Arbeitgeber	402
II. Neuere Rechtsprechung: Zeugniserteilung durch den Insolvenzverwalter	403

D. Altersteilzeit in der Insolvenz	403
I. Rechtliche Grundlagen	403
II. Insolvenzversicherung	404
III. Rang der Ansprüche aus dem Altersteilzeitverhältnis in der Insolvenz	411
IV. Kündigung in der Freistellungsphase	414
V. Kündigung in der Arbeitsphase	415
VI. Urlaubsabgeltung	415
E. Insolvenzgeld	415
I. Rechtliche Grundlagen	415
II. Die Voraussetzungen des Anspruchs auf Insolvenzgeld	419
1. Voraussetzung: Der Arbeitnehmer	419
a) Der geschäftsführende GmbH-Gesellschafter	420
b) Familienangehörige	425
c) Scheinselbstständige	428
2. Voraussetzung: Die Inlandsbeschäftigung	432
3. Voraussetzung: Das Insolvenzereignis des Arbeitgebers	433
a) Allgemeines	433
b) Der Arbeitgeber	435
c) Das Insolvenzereignis „Eröffnung des Insolvenzverfahrens“ (§ 165 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 SGB III)	437
d) Das Insolvenzereignis „Abweisung des Insolvenzantrages mangels Masse“ (§ 165 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 SGB III)	438
e) Das Insolvenzereignis „vollständige Beendigung der Betriebs- tätigkeit“ (§ 165 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 SGB III)	439
f) Das ausländische Insolvenzereignis	442
4. Voraussetzung: Rückständiges Arbeitsentgelt im Insolvenzgeld-Zeitraum	443
5. Voraussetzung: Ansprüche auf Arbeitsentgelt	444
a) Rechtliche Grundlagen	444
b) Zuordnungsprobleme	445
c) Alphabetische Übersicht der insolvenzgeldbegründenden Arbeitsentgeltansprüche	447
6. Voraussetzung: Der Antrag auf Insolvenzgeld	453
a) Allgemeines	453
b) Die Zwei-Monats-Frist	455
c) Nachfrist	456
III. Der Ausschluss des Anspruchs auf Insolvenzgeld	458
1. Ausschlussstatbestände	458
2. Ausgeschlossene Arbeitsentgeltansprüche	459

a) Ansprüche auf Arbeitsentgelt wegen der Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder für eine Zeit nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses.	459
b) Arbeitsentgeltansprüche, die durch eine nach der Insolvenzordnung angefochtene oder anfechtbare Rechtshandlung erworben worden sind	460
c) Anspruchsausschluss wegen Leistungsverweigerungsrechts . . .	461
d) Erstattung des Insolvenzgeldes	461
3. Masseverbindlichkeiten/Insolvenzmasse/pfändbares Einkommen . .	462
IV. Höhe und Auszahlung des Insolvenzgeldes	464
V. Vorschussleistungen der Bundesagentur für Arbeit	466
VI. Anspruchsübergang auf die Bundesagentur für Arbeit	468
VII. Übertragungen, Pfändungen und Verpfändungen des Arbeitsentgeltanspruchs vor Antrag auf Insolvenzgeld	470
VIII. Die Vorfinanzierung des Arbeitsentgelts	472
IX. Pfändung, Verpfändung und Übertragung des Anspruchs auf Insolvenzgeld	475
X. Datenaustausch und Datenübermittlung innerhalb der Europäischen Union (§ 172 SGB III).	478
XI. Pflichten des Insolvenzverwalters/Arbeitgebers/Arbeitnehmers und Dritter	478
1. Pflichten des Insolvenzverwalters	478
2. Pflichten des Arbeitgebers/Arbeitnehmers und Dritter	481
XII. Altersteilzeit und Insolvenzgeld.	482
F. Arbeitslosengeld.	483
I. Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit	483
II. Arbeitslosengeld II	485
G. Transferleistungen: Transfer-Kurzarbeitergeld und Teilnahme an Transfermaßnahmen (§§ 110, 111 SGB III)	486
I. Rechtliche Rahmenbedingungen	486
II. Das Transfer-Kurzarbeitergeld (Transfer-Kug, § 111 SGB III)	487
1. Rechtliche Grundlagen	487
2. Die Voraussetzungen des Transfer-Kurzarbeitergeldes	487
3. Zu den einzelnen Voraussetzungen	488
a) Zu 1.	488
b) Zu 2. a)	488
c) Zu 2. b)	489
d) Zu 2. c)	490
e) Zu 3.	490

f) Zu 4.	491
g) Zu 5. und 6.: Anzeige (§ 99 SGB III)	493
III. Teilnahme an Transfermaßnahmen (§ 110 SGB III)	494
1. Transfermaßnahmen	494
2. Die Anspruchsvoraussetzungen	495
a) Gesetzliche Grundlagen	495
b) Persönliche Voraussetzungen	496
aa) Drohende Arbeitslosigkeit aufgrund einer Betriebsänderung	496
bb) Drohende Arbeitslosigkeit nach beendeter Berufsausbildung	497
c) Maßnahmevoraussetzungen	498
aa) Transfermaßnahme	498
bb) Durchführung von Dritten	498
cc) Zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt	498
dd) Sicherung der Durchführung	499
ee) Qualitätssicherungssystem	500
3. Zuschussbemessung.	500
4. Anspruchsausschluss wegen Subventionsverbots	500
5. Frühzeitige Beratung	502
a) Allgemeines	502
b) Beteiligte	502
c) Form	502
d) Inhalt	503
e) Fehler	503
6. Ausschluss gleichartiger Leistungen	503

§ 4 Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis für die Zeit nach der Verfahrenseröffnung 505

A. Qualifizierung der Ansprüche	505
B. Einzelprobleme	508
I. Abfindungen	508
1. Abfindung aus vorinsolvenzlicher Zeit.	508
2. Abfindung aus nachinsolvenzlicher Zeit.	509
3. Abfindungsanspruch nach § 1a KSchG in der Insolvenz	509
II. Einmalzahlungen und erfolgsabhängige Vergütungen	510
III. Urlaubsansprüche	511
IV. Schutz von Arbeitszeitreduzierungen im Sanierungsinteresse	514
V. Karenzentschädigung aus Wettbewerbsverbot	515
VI. Vergütungsansprüche aus einer arbeitsvertraglichen Freistellungsabrede	515
VII. Halteprämien	516

§ 5 Betriebliche Altersversorgung in der Insolvenz	519
A. Schutz der betrieblichen Altersversorgung von Arbeitnehmern	519
I. Rechtsgrundlagen	519
1. Europarechtliche Grundlagen/Bedeutung des Einigungsvertrags. . .	519
2. Träger der Insolvenzversicherung	522
II. Sicherungsfälle gem. § 7 BetrAVG	522
III. Neuregelungen im Zusammenhang mit der InsO 1999	522
IV. Gesicherte Versorgungsansprüche	524
V. Beginn und Ende der Leistungspflicht.	527
VI. Einzelheiten des Sicherungsfalles im Sinne des BetrAVG	527
VII. Der frühere Sicherungsfall der wirtschaftlichen Notlage des Arbeitgebers	528
VIII. Einzelne Versorgungsformen	529
IX. Verschiebung des Fälligkeitszeitpunktes	530
X. Begrenzungen der Einstandspflicht des PSV bei hohen Betriebsrenten .	530
XI. Begrenzung der Einstandspflicht des PSV bei zurückliegenden	
Versorgungsverbesserungen	531
XII. Zeitliche Begrenzung bei künftigen Verbesserungen im Rahmen eines	
Insolvenzplanes	532
XIII. Scheitern der Sanierung	532
XIV. Forderungsübergang	533
XV. Besonderheiten bei Direktversicherungen und	
Rückdeckungsversicherungen	533
1. Insolvenzfestigkeit von Direktversicherungen	533
2. Anfechtbarkeit von Prämienzahlungen zur Direktversicherung. . . .	540
3. Anfechtbarkeit der Verpfändung von Versicherungsansprüchen . . .	541
4. Insolvenzfestigkeit verpfändeter Ansprüche aus	
Rückdeckungsversicherungen	541
5. Insolvenzfestigkeit der Rückdeckungsversicherung zur	
Unterstützungskasse	543
6. Lohnsteuerliche Folgen des Verlusts eines Bezugsrechts.	544
XVI. Abfindungsmöglichkeit	545
XVII. Gerichtliche Auseinandersetzungen	545
XVIII. Finanzierung der Insolvenzversicherung nach dem BetrAVG	545
B. Schutz der Altersvorsorge von Gesellschaftern und	
Gesellschafter-Geschäftsführern	548
I. Geschützter Personenkreis	548
II. Persönlich haftende Gesellschafter	549
III. GmbH-Geschäftsführer	550
IV. Bedeutung geleisteter Beitragszahlungen.	552

§ 6 Fortführungsgesellschaften, Transfergesellschaften und übertragende Sanierung	553
A. Zweck und Arten von Fortführungsgesellschaften	553
I. Sanierungsgesellschaften	553
II. Betriebsübernahmegesellschaft	553
III. Auffanggesellschaft	554
B. Haftungsregelungen	555
C. Transfergesellschaften (Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften)	555
I. Beschäftigentransfer	555
1. Hilfen der Agentur für Arbeit	556
2. Transferagenturen, Transfergesellschaften und Transfersozialpläne .	556
II. Transferagenturen	557
III. Einschaltung von Transfergesellschaften, Beschäftigungs- bzw.	
Qualifizierungsgesellschaften.	557
1. Rechtliche Grundlagen	557
2. Überleitung in Transfergesellschaften und Problematik des § 613a	
BGB.	559
a) Gestaltung des Übergangs in eine Transfergesellschaft	559
b) Umgehung des Schutzzwecks des § 613a BGB	561
c) Wegfall der Refinanzierungszahlungen	566
3. Haftungsfragen	567
IV. Transfersozialpläne	569
1. Rechtliche Grundlagen	569
2. Erzwingbarkeit eines Transfersozialplans durch Streik	571
Stichwortverzeichnis	573